



HESSISCHER LANDTAG

29. 09. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Einsetzung einer Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen"

Integration ist ein auf Wechselseitigkeit beruhender gesamtgesellschaftlicher Prozess und gleichzeitig eine kontinuierlich zu gestaltende politische Schlüsselaufgabe. Integration verlangt gegenseitigen Respekt, Toleranz und die Bereitschaft zum offenen Dialog. Das Ziel einer erfolgreichen Integrationspolitik besteht darin, das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer gleichberechtigten Verantwortungsgemeinschaft auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes und im Geiste der Akzeptanz kultureller Vielfalt zu ermöglichen. Erfolgreiche Integration kann nur auf Basis gleichberechtigter Verantwortung und Teilhabe gelingen. Sie erfordert zugleich die Anpassungsbereitschaft von Menschen mit und die Aufnahmebereitschaft der Menschen ohne Migrationshintergrund. Es ist allen Beteiligten klar, dass eine erfolgreiche Integration nur auf der Grundlage einer ernstgemeinten Willkommenskultur möglich ist.

In Hessen leben ca. 1,46 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, das sind rund 24 v.H. der hessischen Gesamtbevölkerung. Hessen liegt damit auf Platz 2 unter den Flächenländern. 45 v.H. aller Kinder unter fünf Jahren in Hessen weisen einen Migrationshintergrund auf. Circa 736.000 Menschen in Hessen (12 v.H.) haben eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes sind Personen mit Migrationshintergrund "alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil". Zu diesen Personen gehören auch Spätaussiedler und deren Kinder.

So vielfältig und unterschiedlich wie die Herkunftsgeschichten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund sind auch ihre Lebenslagen, ihre jeweils spezifischen integrationspolitischen Bedürfnisse und die daraus resultierenden politischen Handlungserfordernisse. Hinzu kommen ausgeprägte Unterschiede zwischen städtisch geprägten Strukturen, insbesondere im Ballungsraum, und dem ländlichen Raum. Damit Integration erfolgreich ist, gilt es, diese unterschiedlichen Ausgangssituationen und Lebenslagen zu berücksichtigen, ihre Chancen und Potenziale zu erkennen und zu nutzen, damit verbundene Probleme zu beachten sowie Hemmnissen und Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Der Landtag wolle beschließen:

I.

Zur Untersuchung der Chancen, Risiken und Herausforderungen sowie der Rahmenbedingungen einer erfolgreichen und zukunftsgerichteten Integrations- und Zuwanderungspolitik wird nach § 55 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtages eine Enquetekommission eingesetzt.

Die Enquetekommission besteht aus 13 Mitgliedern und 13 ständigen Ersatzmitgliedern, die dem Landtag angehören. Die Fraktion der CDU stellt 5 Mitglieder, die Fraktion der SPD stellt 3 Mitglieder, die Fraktion der FDP stellt 2 Mitglieder, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt 2 Mitglieder und die Fraktion der LINKEN stellt 1 Mitglied. Jede Fraktion kann darüber hinaus einen unabhängigen Sachverständigen berufen, der mit beratender Stimme der Kommission angehört.

II.

Aufgabe der Enquetekommission ist es, entlang der im Folgenden genannten Punkte eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebenssituationen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen vorzunehmen und Vorschläge für die hessische Integrations- und Migrationspolitik zu machen. Dabei sollen insbesondere die mit Migration und Integration verbundenen Problemstellungen und Chancen herausgearbeitet und dargestellt werden. Migration kann zahlreiche wünschenswerte Effekte für die hessische Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und das Zusammenleben bedingen. Die Enquetekommission soll Konzepte entwickeln, wie Potenziale erfolgreicher erkannt, gefördert und nutzbar gemacht werden können.

Unverzichtbares Ziel ist es, die wirtschaftlichen, sozialen sowie im Bereich der Bildung und Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen. Dabei soll auch untersucht werden, welche Probleme bei der Integration stärker soziale und welche stärker migrationspezifische Ursachen haben und in welchem Maße der jeweilige Zeitpunkt der Migration nach Deutschland bzw. nach Hessen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muss. Weiterhin sollen auf beiden Seiten bestehende Ängste und Vorbehalte untersucht werden, ihre Ursachen ergründet und Möglichkeiten zur Verbesserung der Integrationsbereitschaft erörtert werden. Dabei soll die besondere Bedeutung der Integrationsarbeit in den Kommunen untersucht und gelungene Beispiele empfohlen werden.

Die Enquetekommission soll insbesondere:

1. Mithilfe einer Auswertung der Daten des aktuellen Mikrozensus sowie anderer verfügbarer Daten der Ministerien, Landesbehörden und Kommunen durch das Statistische Landesamt und unter Zugrundelegung der einschlägigen Ergebnisse der Enquetekommission Demografischer Wandel eine umfassende Bestandsaufnahme über den Anteil und die Lage der Frauen und Männer mit unterschiedlichem Migrationshintergrund in Hessen vornehmen. Die Auswertung soll rückschauende Analysen und aktuelle Daten ebenso enthalten wie Prognosen über die künftige Entwicklung und soll so weit wie möglich Auskunft über die Verteilung soziokultureller und sozioökonomischer sowie demografischer Merkmale geben, wie etwa Alter, Geschlecht, die Entwicklung der Einbürgerungsquote, Bildungsstand, Erwerbstätigkeit und öffentliche Transferleistungen.
2. Beispiele gelungener Integration herausarbeiten, erfolgreiche Programme und Initiativen benennen und die Gründe für ihren Erfolg analysieren.
3. Im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung und Erziehung die bisherigen Erfahrungen mit der Integration von Kindern und Jugendlichen, die schulischen Erfolgs- und Misserfolgsbilanzen, die Statistiken der Bildungsabschlüsse und -abbrüche sowie alle bestehenden Angebote und Programme für Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen analysieren und bewerten. Es soll geprüft werden, wie die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen gestärkt werden kann.
4. Die Bedeutung der Sprachkompetenz und des Spracherwerbs im Integrationsprozess untersuchen und Vorschläge zur Verbesserung der Sprachförderung (sowohl in Bezug auf den Erwerb der deutschen Sprache als auch in Bezug auf die Förderung der herkunftssprachlichen Kompetenz und der Mehrsprachigkeit) entwickeln.
5. Im Bereich der Wirtschaft den Beitrag von Menschen mit Migrationshintergrund analysieren. Dabei ist der Beitrag von Menschen mit Migrationshintergrund für Innovation und Wachstum in Hessen ebenso wie die damit einhergehenden Probleme zu klären. Auch ihre Rolle für

die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hessischen Wirtschaft ist zu untersuchen.

6. Die Auswirkungen von Integration und Migration auf die sozialen Sicherungssysteme untersuchen.
7. Im Bereich Ausbildung und Arbeitswelt die gegenwärtige Situation von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt (z.B. Durchschnittslöhne, Arbeitslosigkeit, Berufsbilder) untersuchen, eine Bestandsaufnahme bereits vorhandener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Programme für Menschen mit Migrationshintergrund vornehmen und Möglichkeiten und Strategien zur Verbesserung der Ausbildungssituation junger Menschen mit Migrationshintergrund, zur Erweiterung ihres Berufswahlspektrums und insgesamt zur Steigerung der Erwerbstätigkeit, insbesondere von Frauen, diskutieren und prüfen. Auch sind die Frage der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hessen (bspw. Fachkräfte) sowie die Integrationsfragen in den einzelnen Betrieben hierbei zu erörtern. Die Problematik der Bedeutung und Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse soll untersucht werden.
8. Die Lebenssituation von Familien und insbesondere Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund untersuchen, die damit verbundenen spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnisse herausarbeiten und die sich daraus ergebenden Aufgaben mit Blick auf die Zukunft diskutieren. Weiterhin soll die Enquetekommission eine Bestandsaufnahme der Situation älterer Frauen und Männer mit Migrationshintergrund in Hessen vornehmen und die zukünftigen Anforderungen prognostizieren.
9. Den Zusammenhang zwischen soziokultureller Lage einerseits und dem Grad der Integrationsbereitschaft sowie von Kriminalität andererseits untersuchen.
10. Im Bereich Wohnen und Lebensumfeld prüfen, wie durch Instrumente der Stadt- und Quartiersentwicklung eine positive Zukunftsperspektive für eine verbesserte Integration und die Vermeidung von soziokultureller Segregation geschaffen werden kann.
11. Die gegenwärtige Lebenssituation von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund analysieren und prüfen, wie ihre Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und Arbeit weiter verbessert werden können.
12. In den Bereichen Gesundheit, Pflege und Behinderung Rahmenbedingungen und Zugangsbarrieren (z.B. Sprachbarrieren, differierende Krankheitskonzepte oder soziale Hürden) prüfen und analysieren und Verbesserungsmöglichkeiten herausarbeiten.
13. Prüfen, wie die politische Teilhabe von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen sowie die vielfältigen Formen bürgerschaftlichen und gesellschaftlichen Engagements in Vereinen und insbesondere im Sport weiter gefördert werden können. Im Besonderen sind die Beteiligungsangebote an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen. Dabei soll auch die Frage des Wahlrechts und die Förderung von Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten geprüft werden.
14. Im Bereich Kultur die unterschiedlichen kulturellen Traditionen untersuchen und die Möglichkeiten der Förderung und Unterstützung verschiedener Formen des interkulturellen Dialogs und der Vernetzung diskutieren. Es soll die Frage gestellt werden, welche Bedeutung der Akzeptanz von zentralen gesellschaftlichen Werten (wie dem Wertekanon des Grundgesetzes) einerseits, von kulturellen Normen und Traditionen andererseits im Integrationsprozess zukommt. Hierbei sollen auch religiös geprägte Traditionen und Besonderheiten untersucht werden. Kulturelle Aktivitäten sollen auch unter dem Aspekt ihres Beitrags zur Bewahrung der jeweiligen kulturellen Identität und zum Erhalt der kulturellen Vielfalt erörtert werden.

15. Die Rolle und Bedeutung von Religionen, religiöser und religiös geprägter Traditionen und Praktiken für die Integration untersuchen und bewerten.
16. Die Rolle und Bedeutung der Medien für Integration untersuchen und bewerten.
17. Auf der Grundlage aktuellen Datenmaterials einen Überblick über die durch Asylverfahren erfolgte Zuwanderung nach Hessen erstellen; beispielsweise soll die Erteilung von Aufenthaltsrechten aus humanitären Gründen ("humanitäre Zuwanderung") untersucht werden.
18. Untersuchen, mit welcher Zuwanderung für Hessen in den nächsten Jahren gerechnet werden kann und welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen.

III.

Die Kommission wird gebeten, dem Landtag bis zum Sommer des Jahres 2011 über die Ergebnisse zu berichten, diese zu bewerten und etwaige Konsequenzen für Bundes- und Landesgesetzgebung sowie die Gesellschaft darzustellen. Sie kann zu einzelnen Fragen Zwischenberichte erstatten und zur Unterstützung ihrer Arbeit öffentliche Anhörungen mit Sachverständigen durchführen.

IV.

Unabhängig von der Arbeit der Enquetekommission bleibt die Landesregierung aufgefordert, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch konkretes Handeln auch in Zukunft schnell und wirksam zu fördern.

Wiesbaden, 29. September 2009

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Blum

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir